



© PantherMedia/fabianponzi

Apotheken wollen künftig im Bedarfsfall ein Medikament, das nicht verfügbar ist, durch ein Generikum ersetzen dürfen.

Streit um Lieferengpässe

Rund 300 von insgesamt mehr als 7.000 Medikamenten sind derzeit nicht lieferbar. Die Pharmabranche sucht nach Lösungen.

WIEN. Etwa 7.000 verschiedene Medikamente sind in Österreich normalerweise verfügbar (nicht eingerechnet rezeptfreie Produkte). Etwa 300 davon sind derzeit nicht lieferbar. Die Gründe sind vielfältig: der Preisdruck auf die Industrie, die Konzentration der Produktion an Standorten in China und Indien, Produktionsausfälle, unerwartet starke Nachfragen, gestiegene Qualitätsanforderungen oder Parallelexporte in andere Län-

der mit höherem Preisniveau. „Der Erfolg des Gesundheitssystems sind Engpässe und Lieferschwierigkeiten, da Preise in den Boden getrieben wurden, um möglichst zu sparen. Das ist eine paradoxe Situation“, sagt Clemens Auer, Sektionschef im Gesundheitsministerium.

Ärzte gegen Apotheker

Die Apotheker wünschen sich nun, dass sie im Bedarfsfall ein Medikament, das nicht verfü-

bar ist, durch ein gleichwertiges Generikum ersetzen dürfen, ohne beim verschreibenden Arzt nachfragen zu müssen. Ärzte und Industrie sind strikt dagegen und fordern, die Therapiehoheit des Arztes nicht anzutasten. Sie orten im Vorstoß der Apotheker den Versuch, Lagerkosten zu senken, weil sie dann nicht alle Generika verfügbar haben müssen. Eine Taskforce des Ministeriums soll nun eine Lösung für alle Seiten suchen. (rüm)



© APA/Hans Puritz

Kassendefizit bei 80 Mio. €

Fusion könnte Kosten weiter steigen lassen.

WIEN. Die Krankenkassen erwarten laut Hauptverband für heuer ein Defizit von 80 Mio. €. Entgegen den bisherigen Entwicklungen hat sich die Zahl gegenüber der letzten Prognose im Mai damit nur um 3 Mio. € verbessert. Hauptverbandschef Alexander Biach hätte denn auch auf positivere Zahlen gehofft; er führt dies vor allem darauf zurück, dass die Spitals-

kosten trotz Investitionen in den niedergelassenen Bereich steigen. Zu befürchten ist, dass es bei den 80 Mio. nicht bleiben wird, weil die Fusionskosten für die Sozialversicherungsanstalten nur teilweise mitberücksichtigt sind. Eingerechnet sind bisher nur jene der SVA und der Bauernkasse, die zur Selbständigen-Versicherung SVS zusammengeführt werden. (red)

GESUNDHEITSAKTE

Softwarehersteller fordern mehr Geld

WIEN. Die Medizinssoftwarehersteller fordern eine raschere und umfassendere Umsetzung der Elektronischen Gesundheitsakte ELGA. Sie verlangen, dass statt der derzeit 100 Mio. künftig 300 Mio. € pro Jahr in die Digitalisierung des Gesundheitswesens investiert werden. Und die künftige Bundesregierung soll den digitalen Gesundheitsstandort zur „Causa Prima“ erklären.

Plan gefordert

Mit den geforderten Investitionen könnten nicht nur Verbesserungen für die Patienten erreicht werden, sondern auch rund zwei bis vier Mrd. € eingespart werden, rechneten Eduard Schebesta (l.), Sprecher der Medizinssoftwarehersteller, und Manfred Müllner, stellvertretender Geschäftsführer des Fachverbandes der Elektro- und Elektronikindustrie, vor. Sie bezogen sich damit auf eine McKinsey-Studie, die für Deutschland ein Potenzial von 39 Milliarden ergab und rechneten diese auf Österreich herunter. Der derzeitige Umsetzungsplan für ELGA reicht den Softwareherstellern nicht. Sie fordern eine digitale Roadmap für das gesamte Gesundheitswesen. (red)



© FEEI